

KURZ NOTIERT

Marseille: Greenpeace muss abdrehen

MARSEILLE. Mit einer eintägigen Kraftprobe auf See haben französische Fischer das Einlaufen des Greenpeace-Flaggschiffs „Rainbow Warrior“ in den Hafen von Marseille verhindert. Von einem Schlepper gezogen verließ der bekannte Dreimaster der Umweltschützer am Donnerstag die Gewässer der südfranzösischen Metropole. Greenpeace wollte in Marseille auf die Gefährdung der Bestände des Roten Tunfisches im Mittelmeer aufmerksam machen. (afp)

Schwedische Meiler werden überprüft

STOCKHOLM. Schwedens Behörden haben ihre Kritik an Sicherheitsmängeln bei dem Störfall im Atomreaktor Forsmark erheblich verstärkt und neue Anforderungen an die Betreiber gestellt. Wie die staatliche Strahlenschutzbehörde SKI mitteilte, dürfen alle vier nach dem Störfall am 26. Juli stillgelegten Reaktoren erst nach ausdrücklichen neuen Betriebsgenehmigungen wieder ans Netz. Bisher galt diese Bestimmung nur für den vom Störfall direkt betroffenen Reaktor 1 in Forsmark. (dpa)

Warschau protestiert gegen Marine-Übung

WARSAU/BERLIN. Die polnische Regierung hat wegen eines Zwischenfalls an der deutsch-polnischen Seegrenze in Berlin offiziell Protest eingelegt. Bei deutschen Militärübungen in der Ostsee am 16. August seien Schiffe der Marine auf Höhe der Ortschaft Swinemünde in polnischen Gewässern eingedrungen. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums bestätigte den Eingang der so genannten „Verbalnote“. (afp)

Nigeria: Deutsche Geisel wieder frei

ABUJA/BERLIN. Eine knappe Woche nach der Freilassung eines Deutschen aus Solingen haben Kidnapper in Nigeria einen zweiten Bundesbürger freigelassen. Der Angestellte einer örtlichen Baufirma, der vor eineinhalb Wochen im Nigerdelta verschleppt worden war, kam nach Angaben des Auswärtigen Amtes unverletzt gemeinsam mit fünf weiteren Ausländern frei. Die Männer waren in der Nacht zum 14. August aus einem Nachtclub in Port Harcourt verschleppt worden. (dpa)

KONTAKT

AN-Politik-Redaktion:
(montags bis freitags)
Tel.: 0241/5101-423
Fax: 0241/5101-440
an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

IMPRESSUM

Aachener Nachrichten

Überparteilich · Unabhängig
Stolberger Nachrichten, Eschweiler Nachrichten, Dürener Nachrichten, Heinsberger Nachrichten, Jülicher Nachrichten, Eifeler Nachrichten
Herausgeber: Aachener Nachrichten Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, gegründet 1872.
Redaktionsbevollmächtigter: Dr. Martin Thull.
Verlag: Zeitungsverlag Aachen GmbH, Dresdener Straße 3, 52068 Aachen, Telefon 51 01-0.
Postanschrift: Postfach 500 110, 52085 Aachen.
Chefredakteur: Bernd Mathieu (verantwortlich für die Redaktion).

Stellv. Chefredakteur:

Erich Behrendt, Bernd Büttgens.
Chef vom Dienst: Wolfgang von Wilpert.
Verantwortliche Redakteure: Maria Enders (Region, Reportage), Peter Pappert (Politik, Wirtschaft, Kultur), Christoph Pauli (Sport), Andreas Herkens (Magazin), Ulrich Kutsch (Online).
Anzeigen: Michael Streibel.
Druck: M. Brimberg, Druck u. Verlag GmbH, Dresdener Straße 1, 52068 Aachen.
Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Verschulden des Verlages, im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Entschädigung. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Oktober 2005.
Der Bezug der Zeitung kann nur schriftlich bis zum 10. eines Monats zum Monatsende gekündigt werden. Im Abonnements- und Einzelverkaufspreis sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Für die Herstellung der Aachener Nachrichten und ihrer Bezirksausgaben wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Nahost-Experte: Strategie des Westens ist gescheitert

Atomstreit ist im Iran längst eine Frage der nationalen Ehre. Bundeskanzlerin Merkel kritisiert: „Antwort Teherans reicht nicht aus“.

BERLIN/WASHINGTON. Nach den USA hat auch die deutsche Regierung die iranische Antwort auf das internationale Angebotspaket als unzureichend kritisiert. „Nach allem, was ich höre, kann man damit nicht zufrieden sein“, denn der Iran habe nicht die Aussetzung seiner Urananreicherung in Aussicht gestellt, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Donnerstag in Berlin. In der Antwort aus Teheran fehle der entscheidende Satz.

Zuvor hatte bereits Washington Irans offizielle Reaktion als nicht ausreichend bezeichnet. Frankreich machte deutlich, dass weitere Verhandlungen mit Teheran an die Aussetzung des Atompro-

gramms geknüpft seien. Deutschland, Frankreich und die USA hatten gemeinsam mit Großbritannien, China und Russland Teheran im Juni ein Paket von wirtschaftlichen Anreizen vorgelegt, mit dem die iranische Regierung zur Aus-

setzung ihrer Urananreicherung überredet werden sollte. Dafür setzten die sechs Staaten dem Iran eine Frist bis zum 31. August, danach wollten sie im UN-Sicherheitsrat über Sanktionen beraten.

Die iranische Regierung hatte

am Dienstag angekündigt, über das internationale Angebotspaket im Atomstreit verhandeln zu wollen. Auf die Frage der Atomanreicherung war sie allerdings nicht eingegangen.

Der Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Udo Steinbach, bezeichnete die Strategie gegenüber dem Iran als „gescheitert“. Es sei von Anfang an falsch gewesen, das Anreizpaket an die Forderung nach einem Verzicht oder auch nur zeitweiligen Verzicht auf die Anreicherung von Uran zu koppeln, weil diese im Iran längst „zu einer Frage des nationalen Prestiges“ geworden sei, sagte Steinbach. Dem Iran müsse im Tausch gegen internationale Kontrollen

ein atomarer Brennstoffkreislauf gestattet werden.

Ein Ausschuss des US-Kongresses beklagte unterdessen den Mangel an Geheimdienstinformationen über das angebliche iranische Programm zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen. Es seien keine verlässlichen Aussagen über das iranische Programm zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen möglich, hieß es in dem am Mittwoch vom Geheimdienstauschuss des US-Kongresses herausgegebenen Bericht. Den USA mangle es an wichtigen Informationen, die Experten bräuchten, um verlässliche Beurteilungen über den Iran machen zu können. (afp)

EU fordert Untersuchung zu Todesfall

- Die Europäische Union hat den Iran am Donnerstag aufgefordert, eine unabhängige Untersuchung über den Todesfall eines iranischen Menschenrechtlers in einer Haftanstalt in Teheran zu veranlassen.
- In einer am Donnerstag veröffentlichten Erklärung hieß es, der Prozess gegen den Studien-

ten Akbar Mohammadi habe „schwere Mängel“ aufgewiesen. Mohammadi war nach seiner Verurteilung in den Hungerstreik getreten. Er starb am 30. Juli im Ewin-Gefängnis in Teheran, wo er seit seiner Teilnahme an Studenten-Demonstrationen für demokratische Rechte im Juli 1999 inhaftiert war. (afp)

Brüssel will klare Regeln für den Einsatz

EU-Staaten tun sich mit der Beteiligung an einer internationalen Libanon-Truppe schwer. Streit um die Kommandostruktur.

VON DIETER EBELING

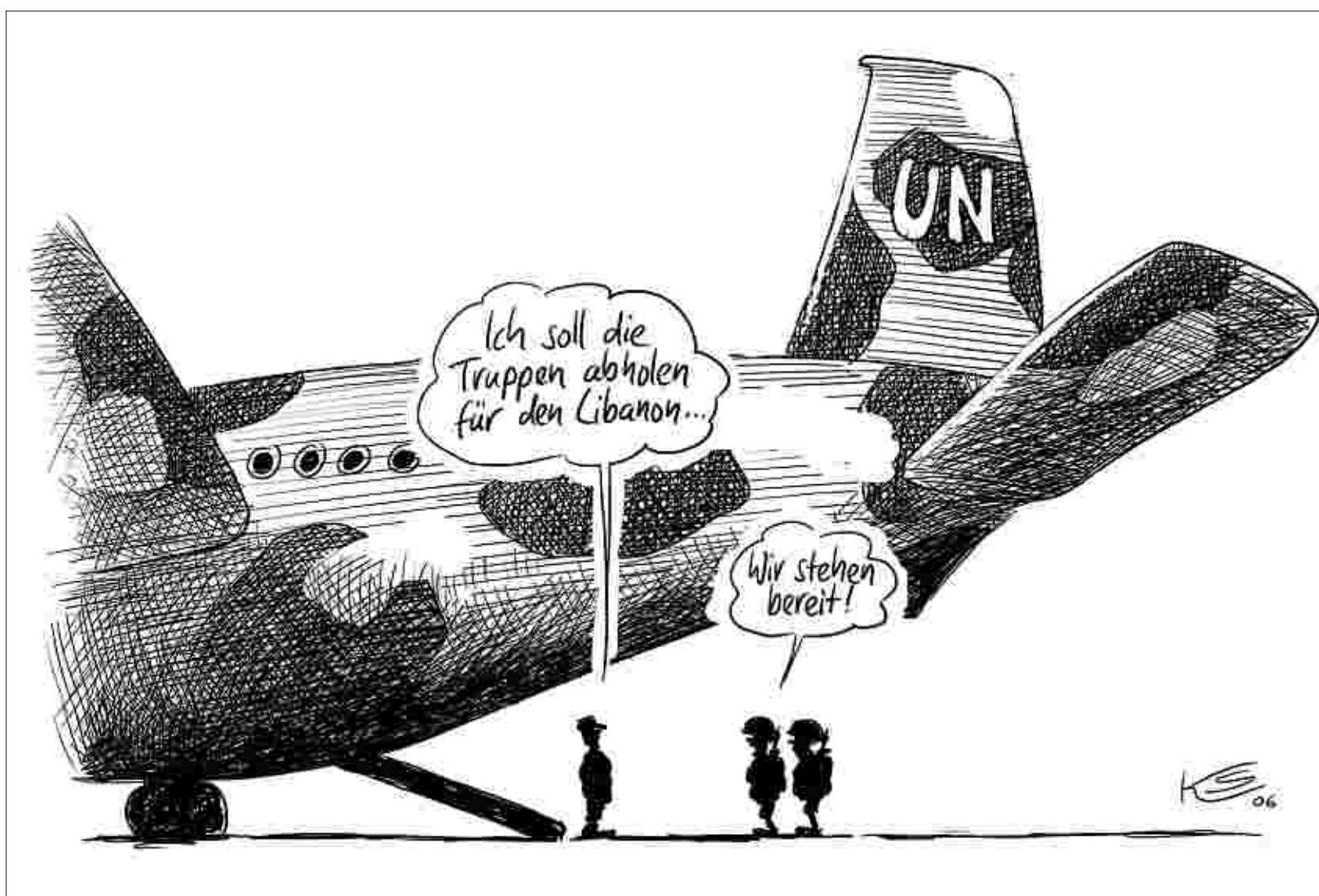
BRÜSSEL. Es ist schon die zweite Sondersitzung der EU-Außenminister im August, dem unantastbaren Ferienmonat fast aller EU-Berater. Dreieinhalb Wochen nach einem ersten Krisentreffen zum Libanonkonflikt haben sich die Außenminister der 25 EU-Staaten erneut in Brüssel verabredet. Auch UN-Generalsekretär Kofi Annan erscheint höchstselbst. Bisher blieben Beratungen der EU-Botschafter in ansonsten menschenleeren EU-Gebäuden ohne greifbares Ergebnis, berichten Diplomaten. Aber die Zeit drängt.

Der Druck wächst

Der Druck auf die EU, bald über die Beteiligung an der UN-Truppe für den Libanon (Unifil) zu entscheiden, wächst. Die Truppe soll von bisher 1900 auf 15 000 aufgestockt werden und dann mit ebenfalls 15 000 libanesischen Soldaten im Süd-Libanon den Waffenstillstand und die Entwaffnung der Hisbollah-Milizen überwachen. Annan hofft mit seinem Erscheinen in Brüssel die EU-Außenminister zu klaren Aussagen über die von den EU-Staaten zu erwartenden Soldaten zu bewegen. Doch die wollen erst entscheiden, wenn die Einsatzregeln von den UN klar festgelegt worden sind. „Niemand wird Soldaten in den Libanon schicken, solange nicht klar ist, was diese dort tun dürfen und sollen“, sagt ein EU-Diplomat. Ein „robustes“ Mandat hatte die UN den Truppenstellern der neuen Unifil versprochen. Seither war in Entwürfen vom „überwiegend defensiven Charakter“ der Mission die Rede, vom Waffengebrauch zur Selbstverteidigung und zur Durchsetzung des Waffenstillstands – und davon, dass die Entwaffnung der Hisbollah Sache der libanesischen Armee sei.

Die Schlüsselrolle

Das ist vielen EU-Staaten zu ungenau. Allerdings zeigen sich Diplomaten in Brüssel zuversichtlich, dass es bald eine Einigung auf die Einsatzregeln geben werde. Andernfalls drohten die UN-Soldaten zwischen Israel und der Hisbollah aufgegeben zu werden. Frank-



Die erhoffte Verstärkung ...

Zeichnung: Klaus Stüttmann

reich spielt eine Schlüsselrolle. Zunächst hatte Paris angekündigt, es wolle die Führung der Unifil übernehmen. Dann aber mochte Frankreich, das sich auf ein „besonderes Verhältnis“ zum Libanon beruft, wegen der Unklarheit über die Einsatzregeln zunächst nur 200 zusätzliche Soldaten ankündigen. Paris zögerte, um Druck bei den Diskussionen über die Einsatzregeln zu machen. Zudem sei eine „klare Kommandostruktur“ nötig. Erst gestern Abend kündigte Staatspräsident Jacques Chirac an, Frankreich sei zur Entsendung von 2000 Soldaten bereit.

Mittlerweile nutzte Italien die Gunst der Stunde. Die Mitte-Links-Regierung von Ministerpräsident Romano Prodi, um Distanz zur US-freundlichen Politik von

Silvio Berlusconi bemüht, kündigte bereits Anfang der Woche 3000 Soldaten für die Unifil an und möchte das Kommando der UN-Truppe übernehmen. Am Mittwoch forderte Rom im Kreis der

EU-Botschafter, auch die anderen Regierungen sollten rasch entscheiden. Doch die Regierungsvertreter mochten sich nur auf die weiche Formel einigen, „dass der EU-Beitrag bedeutend sein und

eine Entscheidung schnell getroffen werden soll“.

Dem italienischen Führungsanspruch begegnen Pariser Diplomaten mit dem süffisanten Hinweis, der UN-Auftrag des Unifil-Kommandeurs, des französischen Generals Alain Pellegrini, laufe noch bis Februar 2007. Eine „klare Kommandostruktur“ ist den Franzosen auch eingefallen: Ein Italiener könne ja im New Yorker UN-Hauptquartier für den Unifil-Einsatz oberverantwortlich sein, während die „operationelle Führung“ im Libanon weiterhin bei Pellegrini liege.

Doch wie viele Soldaten die Europäer aufstellen können, war vor dem Sondertreffen der Außenminister mit Kofi Annan noch völlig unklar. (dpa)

Merkel wirbt für Beteiligung an UN-Truppe

Bundeskanzlerin Angela Merkel wirbt um Zustimmung für einen möglichen Bundeswehreinsatz im Libanon. Eine mögliche terroristische Bedrohung Deutschlands könne kein Grund für eine Verweigerung sein, sagte Merkel am Donnerstag in Berlin. Sie betonte: „Wenn einer glaubt, er kann sich in die Ecke stellen und wird dann nicht von dieser Bedrohung erfasst, der irrt sich.“

Zugleich bekräftigte Merkel die Haltung der Bundesregierung, wonach eine Stationierung deutscher Soldaten an der libanesisch-israelischen Grenze ausgeschlossen ist. Das werde es „nicht geben“, versicherte die Kanzlerin und fügte hinzu, auch international werde anerkannt, dass es hier eine „historische Besonderheit für Deutschland“ gebe, die einen solchen Bundeswehreinsatz ausschließe. (ddp)

Angst vor der „Militarisierung deutscher Außenpolitik“

Der Entwurf eines neuen Weißbuchs für die Bundeswehr schreckt die Friedensbewegung auf. Podiumsdiskussion in Aachen.

VON UNSERER MITARBEITERIN SONJA HEINEN

AACHEN. Deutschlands Rolle in der Welt ist noch nicht klar definiert. Ein neues „Weißbuch der Bundeswehr“ soll die Weichen für eine sicherheitspolitische Standortbestimmung der Bundesregierung stellen. Ein erster Entwurf, der seit Ende Mai im Internet kursiert, ruft nun die Friedensbewegung auf den Plan: Denn in dem Papier aus dem Bundesverteidigungsministerium wird ein neues Verständnis der Begriffe Sicherheit und Verteidigung entwickelt.

Die Frage, wo und wie die Bundeswehr künftig eingesetzt werden soll, stand deshalb am Mittwoch im Fokus der von unserem Redakteur Marco Rose moderier-

ten Podiumsdiskussion „Rückkehr zur Kanonenboot-Politik?“ in Aachen. Auf Einladung des Vereins „Aachener Friedenspreis“ bezogen die beiden Verteidigungspoliti-

schen Sprecher der Grünen und der Linke im Bundestag, Winfried Nachtwei und Paul Schäfer, Stellung. In dem Entwurf des Weißbuchs werde eine gefährliche Interessensverschiebung deutlich, kritisierte Nachtwei: „Sicherheitspolitik wird faktisch wieder auf Militärpolitik reduziert. Die Bedeutung für eine wirksame Friedens- und Sicherheitspolitik wird verkannt.“

Die Frage sei jetzt, wie sicherheitspolitische Interessen unge-

setzt würden, besonders in Zeiten terroristischer Risiken und Bedrohung. „Ein Grundlagendokument für die Sicherheitspolitik ist überfällig, aber der politische Diskurs

„Im Entwurf des Weißbuchs verschwimmen die Grenzen zwischen kollektiver Sicherheit und Neokolonialismus.“

WINFRIED NACHTWEI, VERTEIDIGUNGSEXPERTE DER GRÜNEN

darf nicht zu kurz kommen.“

Schäfer warnte davor, die Interessen der deutschen Außenpolitik mit Militärinteressen zu verquicken. Sicherheitspolitische Interessen erlaubten nicht generell militärische Eingriffe. „Wir dürfen

nicht die eigene Macht ins Feld führen“, sagte Schäfer. Das sei keine Verteidigung, sondern heize internationale Konflikte an.

„Im Weißbuch verschwimmen die Grenzen zwischen Sicherheit und Neokolonialismus“, sagte Nachtwei. Ein Aktionsplan für die zivile Konfliktbewältigung müsse das Weißbuch ergänzen. Grundsätzlich sei nicht jeder Militäreinsatz zwangsläufig auch ein Kriegeinsatz. Schäfer erwiderte, die Bundeswehr müsse generell zur Disposition gestellt werden. „Wir müssen mit friedlichen Mitteln harte Konflikte bekämpfen und uns im Rahmen der UNO engagieren.“

Die beiden Bundestagsabgeordneten räumten jedoch ein, dass auf militärische Einsätze im Aus-

land nicht allgemein verzichtet werden könne. Die Zahl der Friedensfachkräfte müsse erhöht werden. Nachtwei verwies auf Blauhelm-Truppen und Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Unter bestimmten Umständen seien Soldaten erforderlich, um Gewalt einzudämmen. Der Erfolg von friedens erzweigenden Einsätzen müsse deutlicher werden. „Wir brauchen eine selbstkritische Bilanz“, forderte Nachtwei.

Otmar Steinbicker, Vorsitzender des Aachener Friedenspreises, kritisierte, dass die Ziele des Weißbuchs nicht in Einklang zu bringen seien mit den Vorgaben des Grundgesetzes und der UN-Charta. „Der Friedensauftrag des Grundgesetzes ist und bleibt eine Verpflichtung“, sagte Steinbicker.